Donnerstag, den 24. Juli 1924. | Einzelnummer: 20 Groschen.

Lodzer Volkszeitung

Nr. 41. | Erscheint 2mal wöchentlich: Mittwochs und Sonnabends, mit dem Datum des darauffolgenden Tages. Anzeigenpreis: die 7gesp. Millimeterzeile 5 Groschen, im Text 20 Groschen. Stellen-Gesuche 50%, -Angebote 25% Rabatt. Ausland 50% Zuschlag. | Schriftleitung und Geschäftsstelle: Lodz, Zamenhofa 17, III-16. Sprechstunden des Schriftleiters täglich von 5 bis 6 Uhr nachmitt. | Der Abonnementspreis für den Monat Juli beträgt 1 Zloty 40 Groschen, wöchentlich 35 Groschen, zahlbar beim Empfang der Sonntagsnummern. — Für das Ausland 25 Prozent Zuschlag. Amerika einen halben Dollar monatlich. | 2. Jahrg.

Zehnstündiger Arbeitstag in Oberschlesien.

Die internationale Konvention über den Achtstundentag kümmert die Regierung nicht.

Der Ministerrat hat auf Antrag des Arbeitsministers Darowski, die deutsche Verordnung, die den Arbeitern in Oberschlesien den 8-stündigen Arbeitstag sicherte, aufgehoben und den Industriellen gestattet, den Arbeitstag bis auf 10 Stunden zu verlängern. Dieser, die ganze Arbeiterschaft Oberschlesiens provozierende Beschluß ist auf Antrag, was besonders betont werden muß, des Ministers Darowski angenommen worden, der noch einige Tage zuvor erklärte, daß an eine Verlängerung der Arbeitszeit nicht zu denken sei.

Die Regierung hat sich also wieder einmal vom „Skarboferm" und andrer Industriepotentaten als Werkzeug ihrer Ausbeutungspolitik benützen lassen.

Der Direktor der „Skarboferm", Abg. Korfanty, hat sein Ziel erreicht, auf das er von verschiedenen Seiten aus hinsteuerte.

Dagegen wird der Abg. Korfanty, Mitglied der Christlichen Demokratie, große Wählerversammlungen veranstalten und die Regierung mit Kübeln voll Schmutz für ihren auf Kosten der Arbeiterschaft der Großindustrie geleisteten Dienst begießen.

Die Verordnung hat unter der Arbeiterschaft Oberschlesiens eine **ungeheure Erbitterung** hervorgerufen. Die Industriellen haben gleich nach Erhalt der Nachricht über die Verlängerung des Arbeitstages auf 10 Stunden der Arbeiterschaft erklären lassen, daß falls diese gewillt sei, 10 Stunden zu arbeiten, die für die nächsten Tage angekündigten Aussperrungen zurückgezogen und alle Betriebe aufrecht erhalten bleiben sollen.

Darowski folgte dem Beispiel der Kapitalisten in Deutschland.

Das Vorgehen der Regierung ist hierbei höchst sonderbar. Die Regierungsvertreter erklären auf internationalem Gebiet bombastisch, daß Polen bereits dreizehn den Arbeitsschutz betreffende Konventionen unterzeichnet hat, daß es der Arbeiterschaft in Polen gut gehe usw. Wir erinnern uns noch des Besuches des Direktors des internationalen Arbeitsamtes Albert Thomas in Warschau und Lodz, der über das, was er in den Regierungsstellen gehört, erklärte, Polen stehe inbezug auf den Arbeitsschutz an einer der ersten Stellen. Und nun nach diesen Lorbeeren — der Vertragsbruch. Albert Thomas wird nun seine Meinung über unsere Arbeiterfürsorge gewaltig ändern müssen. Er wird aber auch nicht wenig über die Art erstaunt sein, wie man ihn, das Mitglied des Völkerbundes, hinter das Licht geführt hat. Er wird jetzt zweifellos mit uns die Meinung bekommen, daß auch Polen das Land der unbegrenzten Möglichkeiten ist.

Die oberschlesischen Gewerkschaften haben sich an die internationalen Instanzen mit der Bitte um Hilfe gewandt. Die Arbeiterschaft Polens muß diesen Anschlag auf ihre Rechte entschieden abweisen.

Die französischen Sozialisten, die in der Verlängerung der Arbeitszeit in Deutschland eine stille Freundschaft der französischen und deutschen Kapitalisten erblickt haben, wie berichtet wird, beschlossen, im Sinne der Bekämpfung dieser sonderbaren Einheitsfront Schritte zu unternehmen, die die französische Regierung zwingen sollen, Deutschland vor dieser Abwälzung der Entschädigungszahlungen auf die Arbeiterschaft zu warnen.

Zurück zu Wilhelm II.!

Zurück zu Wilhelm II.! Wiederherstellung des alten, des wilhelminischen Reiches! Das ist der Kurs, den die deutsche Republik steuert. Nicht etwa, daß sie Wilhelm so bald aus seinem Exil zurückrufen könnte. Dem stehen die Tanks und Geschütze der Franzosen im Wege. Aber darauf kommt es am Ende nicht an. Eine Republik unterscheidet sich von einem Kaiserreich durch etwas mehr als dadurch, daß kein Kaiser Unter den Linden residiert. Die Novemberrevolution wollte am Ende etwas mehr sein als die Absetzung eines Kaisers; wollte und sollte eine Umwälzung der Machtverhältnisse der Klassen sein. Nicht die romantische Sehnsucht nach der Wiederkehr des Kaisers und der zwei Dutzend Könige und Großherzoge in seinem Gefolge, sondern die planmäßige Wiederherstellung der alten, durch die Novemberrevolution aufgehobenen Herrschaftsverhältnisse, der alten Machtverhältnisse der Klassen, ist der eigentliche Inhalt der deutschen Reaktion. Sie vollzieht sich nicht erst seit heute. Aber alle Anzeichen deuten darauf, daß ein weiterer verhängnisvoller Schritt auf dem Wege zur Restauration des wilhelminischen Deutschland bevorsteht.

Was war der soziale Inhalt des hohenzollernschen Kaiserreichs? Die Junker regierten. Sie umgaben den Kaiser. Ihnen waren in der Bureaukratie, in der Diplomatie, im Heer die hohen Kommandoposten vorbehalten. Ihren wirtschaftlichen Interessen dienten hohe Getreidezölle und Liebesgaben in tausenderlei Gestalten. Und mit den Junkern teilte eine Oberschicht der Bourgeoisie, Schwerindustrie und Großbanken, die Macht. Die Kommandoposten überließ die Großbourgeoisie den Junkern; dafür hielten ihr die Junker die Arbeiter in Zucht und Gehorsam, dafür sicherte die Junkerregierung den Kartellen und Syndikaten der Schwerindustrie Riesenprofite aus hohen Schutzzöllen, dafür sicherte die Junkerregierung den Großbanken profitable Kapitalsanlagegebiete in allen Erdteilen. Bourgeoisherrschaft unter Junkerführung — das war das Soziale, was sich hinter Wilhelms II. „persönlichem Regiment" barg. Und dazu steuert Deutschland wieder zurück.

Noch war und ist Deutschland nicht so weit. Zwar ist aus der proletarischen Republik, für die die Kämpfer des November 1918 ihr Blut vergossen haben, längst eine Bourgeoisrepublik geworden. Aber die Bourgeoisie beherrschte und beherrscht Deutschland doch selbst; noch selbst; sie hat sich noch nicht wieder die Junker als Vögte über sich selbst gesetzt, damit sie ihr nur die Proleten niederhalten. Aber Schritt für Schritt geht auch dahin wieder der Kurs. Zuerst in der Reichswehr, in der die Junker wieder kommandieren, wie nur je im alten kaiserlichen Heere; die Diktatur des Herrn v. Seeckt im vorigen Herbst war schon ein Vorspiel der Wiederauslieferung der Regierungsmacht an die Junker. Aber doch nur ein Vorspiel. Noch war die Zeit zur Wiederherstellung der Junkerherrschaft nicht reif. Die Junker, gewalttätig, mit dem Säbel zu rasseln gewohnt, wollten keine Verständigung mit den Westmächten; ihre Partei, die Deutschnationalen, ihre große wirtschaftliche Organisation, der Landbund, schlossen sich selbst noch von der Reichsregierung aus, da sie die auswärtige Politik, zu der Deutschland seine Ohnmacht zwingt, nicht mitmachen wollten. Aber jetzt naht der Augenblick, in dem dieses Hindernis fallen soll. Ist erst auf der Grundlage des Sachverständigengutachtens die Vereinbarung über die Reparationen geschlossen, sind erst die notwendigen Durchführungsgesetze erlassen, dann tritt die auswärtige Politik für einige Zeit zurück; dann geht der Streit darum, **wer** die Kosten der Reparationen bezahlen soll: Kapital und Grundbesitz oder die Proletariermassen? Für diesen Augenblick rüstet die Bourgeoisie. Für diesen Augenblick bereitet sich die Bourgeoisie vor, wieder zu tun, was sie nach 1848, nach 1866, nach 1871 getan hat: sich wiederum unter die Junkerführung zu stellen, Deutschland wieder der Vorherrschaft der Junker zu unterwerfen.

Die Anzeichen dieser Wendung sind in den letzten Wochen ganz deutlich geworden. Die Reichsregierung hat Deutschland mit dem Plan überrascht, die alten, seit dem Kriege suspendierten Getreidezölle in der Höhe, wie sie in Oesterreich auch die Regierung Seipel, in der Tschechoslowakei die dortige Regierung einführen möchte; also jene dreimal so hohen Getreidezölle, wie sie unter Wilhelm II. die allmächtige Junkerklasse als einen Tribut der Beherrschten an die Herrschenden dem deutschen Volke auferlegt hat. Diese Getreidezölle sollen nun der Preis sein, um den die Deutschnationalen, die Partei der Junker, auf eine allzu heftige Opposition gegen die Reparationsvereinbarungen verzichten sollen. Dadurch soll die Junkerpartei den herrschenden Bourgeoisparteien genähert werden. Und diese ihrerseits geben sich alle Mühe, sich der Junkerpartei zu nähern. Zu diesem Zwecke spricht Herr Stresemann über die Reparationsfragen im deutschnationalen Tone, lehnt er die Ratifizierung des Washingtoner Achtstundenübereinkommens ab, werden beim Beamtenabbau ganz systematisch die alten junkerlichen Bureaukraten geschont und die Sozialdemokraten davongejagt, feiert die in der Regierung führende Volkspartei die alte schwarz-weiß-rote Fahne. Das Ziel ist klar: Nach der Annahme des Sachverständigengutachtens sollen alle bürgerlichen Parteien, im „Bürgerblock" geeinigt, eine Regierungskoalition gegen die Sozialdemokratie bilden. Die Bourgeoisie will es so, weil nur eine solche Koalition es ermöglichen kann, die Lasten der Reparationen den Proletariermassen aufzubürden. Im „Bürgerblock" aber fiele der Deutschnationalen Partei, als der stärksten und herrschaftsgewohntesten, die Führung zu.

Damit wäre aber das alte wilhelminische Deutschland, seinem sozialen Inhalt nach, wieder da: wieder die Bourgeoisherrschaft unter der Junkerführung. Zum hohenzollernschen Kaiserreich würde nicht mehr fehlen als die Dekoration der hohenzollernschen Spitze.

Angesichts dieser Tatsachen gibt es für das deutsche Volk keine andere Wahl: zurück unter die Führung des Junkertums oder **vorwärts** unter die Führung der Arbeiterklasse.

W. A.

Auf der Suche nach einem Außenminister.

Grabski befindet sich in einer sehr mißlichen Lage. Nach dem Rücktritt des Außenministers Zamoyski ging er auf die Suche nach einem neuen Minister. Bis jetzt waren jedoch alle seine Bemühungen ohne Erfolg. Es soll damit nicht gesagt sein, daß er niemanden gefunden hat. Kandidaten, die sich um den Sessel bewerben, gibt es in Hülle und Fülle. Jede polnische Partei wartet gleich mit einigen Bewerbern auf. Die Kandidatur des Delegierten im Völkerbund, Skrzynski, hat auf sehr scharfen Widerstand bei den Witosleuten gestoßen. Sie mußte deshalb fallen gelassen werden. Unter den einigen zwanzig Kandidaten sind zu erwähnen: der Botschafter in Berlin Olszewski, der Botschafter in Washington Wróblewski, Kucharzewski sowie Titus Filipowicz.

Grabski weilte bereits mit Abg. Thugutt in Spala, wo er mit dem Staatspräsidenten Wojciechowski über die einzelnen Kandidaten beriet. Er kam jedoch wieder nach Warschau, ohne sich für einen der Herren entschieden zu haben.

Auch Graf Zamoyski wird als Kandidat genannt. Diese Kandidatur kommt sehr unerwartet. Sie ist jedoch bezeichnend für die Zustände in Warschau. Zamoyski, gegen den seit Monaten Sturm gelaufen wird und der einer der unfähigsten Außenminister war, will man dazu bewegen, wieder das Außenministerium zu übernehmen. Grabski sprach bereits bei Zamoyski persönlich vor. Er versuchte ihn zu überreden, daß er im Interesse des Staates die Kränkung, die man ihm durch die Kandidatur des Abg. Thugutt zugefügt habe, doch vergessen möge. Herr Zamoyski will jedoch bis jetzt noch nichts davon wissen. Und Grabski sucht weiter ...

Das polnische Flottenbauprogramm.

Kriegsminister Sikorski legte dem Verteidigungsausschuß des Sejm das erste polnische Flottenbauprogramm vor. Im Laufe von 12 Jahren sollen drei Kreuzer, sechs Zerstörer, zwölf Torpedoboote, zwölf Unterseeboote und 36 kleinere Einheiten gebaut werden. Die Ausgaben stellen sich auf 600 Millionen Goldfranken.

Präsident Massaryk kommt nach Warschau.

Die Beratungen der Außenminister der Kleinen Entente in Prag haben zu einer weiteren Annäherung der Tschechoslowakei, Rumäniens und Jugoslaviens geführt. Um die Beziehungen noch mehr zu festigen, wird der tschechoslowakische Staatspräsident Massaryk Besuche in Belgrad, Bukarest ... und auch in Warschau machen.

Obwohl zwischen Polen und Rumänien ein Militärbündnis besteht, wurde Polen von der Kleinen Entente geschnitten. Auch die Versuche Polens, zu den Beratungen in Prag einen Beobachter zu entsenden, stießen auf Widerstand. Massaryk soll nun durch seinen Besuch versöhnend wirken. Wahrscheinlich wird er sich Mühe geben, durch persönliche Aussprachen mit unseren leitenden Männern die zwischen den beiden Staaten bestehenden Schwierigkeiten beizulegen. Dem Besuche wird große Bedeutung beigelegt, da es nicht ganz ausgeschlossen ist, daß man Polen doch noch für die Politik der Kleinen Entente zu gewinnen wird versuchen.

Die Londoner Konferenz.

Es liegt in der Natur der Sache, daß sich um die Arbeit der Londoner Konferenz ein von Lärm und Gerüchten erfüllter Dunstkreis gebildet hat. Der bisherige Verlauf der Konferenz hinterläßt den Eindruck, daß jedes sachliche Zugeständnis an die Lebensnotwendigkeit Deutschlands — selbst wenn es in dem von Deutschland angenommenen Gutachten begründet ist — den französischen Unterhändlern von den Engländern und Amerikanern unter Anwendung von Druckmitteln aus den Zähnen gezogen werden muß. Das ist kein gutes Zeichen.

Die Kommissionsarbeiten „sollen" nach Londoner Meldungen Fortschritte machen. Eine der schwierigsten Fragen ist die der Anwendung neuer Sanktionen, falls Verfehlungen Deutschlands festgestellt werden sollten. Ueber die Räumung des Ruhrgebiets ist man auch verschiedener Meinung. Die gebildeten drei Ausschüsse haben auf dem Wege von Kompromissen eine Reihe von Fragen bereits gelöst, zu der die Vollsitzung der Konferenz Stellung nehmen wird.

Für die Einladung Deutschlands sind England und Amerika. Die Franzosen verlangen dagegen, daß erst nach einem Uebereinkommen unter den Alliierten die Deutschen zu einer anderen Konferenz, die dann in Paris oder Brüssel stattfinden soll, mit dem Rang von nicht gleichberechtigten Teilnehmern eingeladen werden sollen.

Die französische Politik ist nicht bestimmt von dem Geiste, über der gemeinsamen loyalen Durchführung des Gutachtens den Weg zur europäischen Verständigung zu suchen. Dies ist für die künftigen Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich von großem Nachteil, denn solange der Geist des steten Mißtrauens und des Hasses zwischen Frankreich und Deutschland nicht von einem friedlichen Nebeneinander beider Völker abgelöst wird, solange wird Europa zu keinem Frieden kommen.

Macdonald für eine Weltabrüstungs-Konferenz.

Das Sekretariat des Völkerbundes veröffentlichte am Sonnabend die Antwort Ramsay Macdonalds auf den Vorschlag eines internationalen Garantiepaktes. Die englische Regierung hält die Einschränkung der Rüstungen für die erste Voraussetzung, um zur Befriedung der Welt zu gelangen. Sie wird deshalb zu gegebener Zeit die Einberufung einer Weltabrüstungskonferenz vorschlagen, an der auch die im Völkerbund nicht vertretenen Nationen teilnehmen sollen. Die englische Regierung wird jede Bewegung tatkräftig unterstützen, die zu einer sofortigen und fühlbaren Rüstungseinschränkung führt.

Frankreich und Rußland.

Herriot richtete an Tschitscherin ein Schreiben, in dem er mitteilt, daß die französische Regierung die Absicht habe, mit Rußland die normalen Beziehungen wieder aufzunehmen. Tschitscherin antwortete hierauf, daß er die Nachricht über die bevorstehende Anerkennung Sowjetrußlands mit Befriedigung zur Kenntnis nehme und Sowjetrußland bereit sei, mit Frankreich die normalen Beziehungen wieder aufzunehmen.

Sinowjew glaubt an die sozialistischen Siege.

Auf dem Kongreß des Verbandes der kommunistischen Jugend der SSSR legte der Vorsitzende der 3. Internationale Sinowjew die internationale Lage dar. Bei Behandlung der bevorstehenden Londoner Konferenz sprach er die Meinung aus, daß in den nächsten Jahren wenigstens in 10 europäischen Staaten die 2. Internationale zur Regierung kommen wird und daß unter ihren Auspizien die beschleunigten Vorbereitungen zu einem bewaffneten Konflikt werden fortgesetzt werden.

Die Präsidentschaftskandidaten in Amerika.

Die nunmehr abgeschlossenen Parteikongresse, die ihre Kandidaturen zur kommenden Präsidentenwahl in den Vereinigten Staaten aufstellten, ergaben folgendes Ergebnis: Die „Republikanische Partei" (gegenwärtige Regierungspartei) stellt Coolidge als Hauptkandidaten auf. Sie vertritt vor allem die Interessen des Rockefeller-Konzerns, obwohl diese Interessenvertretung nicht ganz eindeutig ist.

Die „Demokratische Partei", eine ebenso schwerkapitalistische Partei, wie die erste, konnte sich sehr schwer über einen Kandidaten einigen, da die meisten ihrer Führer durch die Petroleum-Korruptionsaffäre unpopulär geworden sind. Schließlich einigte man sich nach über hundert ungültigen Wahlgängen auf Davis, den Syndikus des Morgan-Bankhauses. Da diese Partei vornehmlich die Interessen der Morgan-Gruppe vertritt, ist diese Kandidatur wenigstens „ehrlich".

Der Konvent der „Dritten Partei" stellte den radikalen Senator Lafollette auf. Diese Partei hat mit dem französischen „Linksblock" eine gewisse Aehnlichkeit. Sie will die mit der imperialistischen Politik der Großkonzerne unzufriedenen kleinen Leute, Kleinbürger und auch Arbeiter und Farmer für sich gewinnen. Ihr gehört auch die amerikanische Sozialdemokratie an. Der Block grenzt sich scharf von jeder revolutionären Bewegung ab.

Als revolutionärer Block entstand schließlich eine Vereinigung von revolutionären Arbeiter- und Farmerorganisationen, eine „Labour- und Farmer-Partei" (Arbeiter- und Bauernblock), der auch die amerikanischen Kommunisten (Workers Party) angehören. Ihr Präsidentschaftskandidat ist Foster. Nach einem heftigen Meinungskampf innerhalb der Reihen der amerikanischen Kommunisten beschloß diese Partei die scharfe Bekämpfung der Lafolette-Partei und die selbständige Führung der Kampagne mit reinen Klassenlosungen.

Adalises Ehe.

Roman von A. Hruschka.

(Nachdruck verboten.)

(21. Fortsetzung.)

„Hm — ich sehe nur nicht ein, wie das möglich sein soll, Leo, wenn in deinem Haus jedem, der kommen will, beständig Tür und Tor offen steht und es alle Abende Gesellschaften oder Theater gibt? Denn so denkt sich Adalise die Sache nach dem, was sie uns heute morgen von ihren Plänen zum besten gab. Ihr Salon soll tonangebend werden, ihre Feste berühmt. Ich meine, daß du, der du den ganzen Tag angestrengt arbeitest, abends also ruhebedürftig sein mußt, das nicht lange wirst mitmachen können. Deine Frau aber wird in all dem Trubel natürlich keine Zeit finden, sich für deine Angelegenheiten zu interessieren. Und so lebt man sich dann auseinander, anstatt zusammen. Ich habe natürlich zu Adalise nichts gesagt von diesen Gedanken, denn es ist deine Sache, ihr das klar zu machen."

„Gewiß, Vater. Wir haben ja auch bereits alles gemeinsam besprochen und wie Adalise es einrichtet, ist es mein Wunsch. Ich bitte dich und Mutter daher, ihr während meiner Abwesenheit in allen Stücken völlig freie Hand zu lassen."

„Das soll gewiß geschehen," antwortete Herr Leopold Gottulan zurückhaltend. „Ich hoffe, du bist überzeugt, daß sowohl Mutter, als mir jede Einmischung in deine Ehe fern liegt."

Allein geblieben, sagte er sorgenvoll zu Frau Karoline: „Es ist klar — sie hat ihn ganz in der Tasche, die hübsche Hexe. Aber was er auch sagen mag — mir gefällt die Geschichte nicht!"

Unten ging Leo wartend in seiner Wohnung auf und ab. Adalise war noch nicht zurückgekehrt, obwohl sie Liesbeth gesagt hatte, daß sie zum Essen, das aus einem nahen Speisehaus geholt werden sollte, da sein werde. Ihm war es lieb. Die Aussprache mit den Eltern hatte ihn angestrengt. Er war müde und hungrig. Und seine Gedanken über das, was er mit Adalise sprechen wollte, waren noch nicht so kühl und klar, wie er wünschte.

Er setzte sich in Adalises Ankleidezimmer, wo ein wirres Durcheinander von Kleidern, Wäsche, halbausgepackten Koffern und Toilettegegenständen herrschte. Aber es störte heute seinen an Ordnung gewöhnten Sinn nicht. Denn alle diese Dinge redeten von ihr, strömten gleichsam den Duft ihrer Persönlichkeit aus ... Diesen aus Ambar und Veilchen gemischten Duft, den er so sehr liebte ...

Da klingelte es draußen, und er eilte rasch hinaus. Es war Adalise. Schön, strahlend, rosig in einem entzückenden, weißen Frühlingskleid und einem kleinen Hut, bedeckt mit blassen Veilchen, der wie hingeweht auf der rotgoldenen Haarfülle saß.

Sie erschrak ein bißchen, als sie ihn so plötzlich vor sich sah, und wurde rot. „Du ... Leo!" Er aber nahm ihre Hände, küßte sie auf die Stirn und tat, als wäre nichts zwischen ihnen geschehen.

„Ich mußte doch sehen, ob du glücklich angekommen bist," sagte er und wandte sich dann an das danebenstehende Mädchen. „Holen sie nun rasch das Essen, Liesbeth, denn ich habe tüchtigen Hunger und muß nachher gleich wieder fort."

Als sie drin im Zimmer waren und Adalise abzulegen begann, wurde sein Gesicht ernst.

„Ich bin natürlich nur gekommen, damit wir uns aussprechen, Adalise ..."

„Ich gehe keinesfalls zurück nach Karolinenruhe!" fiel sie ihm hastig ins Wort. Sein Kommen und mehr noch seine freundliche Begrüßung hatten sie mit einer ihr selbst verwunderlichen Freudigkeit erfüllt. Nun aber stieg wieder die Angst in ihr auf, er sei vielleicht nur gekommen, um sie mit Gewalt zurückzuholen.

Er las ihr die Gedanken von der Stirn und lächelte. „Das sollst du auch nicht, Adalise. Du hast deinen Weg selbständig gewählt, und ich habe mich entschlossen, dich ihn gehen zu lassen — auf deine eigene Verantwortung hin."

„Was meinst du damit?"

„Genau das, was die Worte besagen. Du bist von dem Augenblick an, wo du mich und Karolinenruhe verlassen hast, frei und Herrin deines Willens. Das einzige Band, das dich an mich fesselt, ist der Name, den du trägst, dein einziger Richter — dein Gewissen. Was du von heute an tust — zu welchem Ende du unser Geschick führst, das bleibt ganz dir allein überlassen. So wolltest du es doch, nicht wahr?"

Der tiefe Ernst seiner Worte, der kühle Blick seiner Augen, in dem jeder Liebesfunke erloschen schien, verursachten Adalise ein unbehagliches Gefühl.

„Nicht so ganz, Leo ...," sagte sie zögernd. „Ich dachte ... ich hoffte, du würdest einsehen, daß ich Recht habe und ... mit mir gemeinsam ein anderes Leben beginnen."

„Das ist leider unmöglich, aus Gründen, die ich dir schon öfter auseinandersetzte. Arbeit und Vorwärtsstreben sind mir Lebensbedürfnis, wie dir — Gesellschaften und Vergnügungen. Vereinen lässt sich beides nicht. Aber wenn auch unser intimes Leben dadurch einen Riß bekommen hat, so sehe ich nicht ein, weshalb wir darum nicht wenigstens gute Freunde bleiben sollen? Diese Freundeshand dir zu bieten, bin ich gekommen, Adalise!"

Sie atmete erleichtert auf.

„Du bist mir also nicht böse, Leo?"

„Nein."

„Und deine Eltern? Was sagen sie?"

„Sie wissen nur, daß du hier bist ... auf meinen Wunsch und daß, wie immer du dir auch dein Leben hier einrichten willst, es im Einverständnis mit mir geschieht. In Karolinenruhe sagte ich, du habest ein Telegramm bekommen, das dich an das Krankenbett deiner Mutter rief. Du bist also gedeckt nach allen Seiten hin."

(Fortsetzung folgt.)

Die kulturelle Autonomie für die Deutschen Lettlands.

Den Minderheitenbeglückern in Warschau zum Studium empfohlen.

Die Kommission für öffentliches Recht im lettischen Parlament hat nunmehr in dritter Lesung den ersten Teil des deutschen Autonomiegesetzes angenommen.

Den Beratungen der Kommission lag das von der deutschen Fraktion eingereichte Projekt zugrunde. Dieses stellte nur ein Rahmengesetz dar, das durch eine Geschäftsordnung näher auszuführen gewesen wäre. Die Kommission hat es für richtig gehalten, die Einzelheiten selbst festzulegen. Der erste Teil, der jetzt fertig ist, handelte von der Organisation der deutschen Volksgemeinschaft in Lettland und umfaßte im Projekt der deutschen Fraktion sechs Paragraphen, in dem Kommissionsentwurf 26 Paragraphen. Der Paragraph 1 stellt den öffentlich-rechtlichen Charakter der das ganze Deutschtum umfassenden Volksgemeinschaft fest. Die folgenden Paragraphen enthalten Bestimmungen über den Nationalrat und die Bezirksräte, ihren Wahlmodus, ihre Rechte und Kompetenzen. Es sind zum Teil grundlegende Bestimmungen, die bereits dem zweiten Teile über „die Regelung der deutschen Bildungsangelegenheiten" vorweggenommen sind, so z. B., daß die Organe der deutschen Volksgemeinschaft das Recht haben, deutsche Schulen (mit deutscher Prüfungssprache) aller Stufen zu eröffnen — ausdrücklich ist auch die deutsche Hochschule (das Herderinstitut) genannt — und daß andererseits alle deutschen Schulen in Lettland den Organen der deutschen Volksgemeinschaft unterstehen; ferner, daß der Nationalrat und die Bezirksräte die Empfänger der vom Staate und den Kommunen für deutsche Bildungszwecke ausgeworfenen Mittel sind, daß der Umfang dieser Zahlungen bestimmter und gerechter festgelegt ist, als es bisher nach Gesetz und Praxis der Fall war. Gegen die Beschlüsse des Nationalrates und der Bezirksräte kann vom Innenminister bezw. den Kreischefs auf gerichtlichem Wege Klage erhoben werden. Das neue in den Oststaaten entstehende Recht wird um einen großen Schritt weiter sein, wenn diese Bestimmungen vom Landtag angenommen werden.

Sejm.

In der Freitagsitzung beriet der Sejm über die Gesetze, die die grundlegenden Rechte und Pflichten der Soldaten regeln. In dritter Lesung wurde das Gesetz über die Straf- und Prozentsätze für die versäumte Zahlung von Steuern angenommen. Nach Besprechung einer Reihe kleinerer Angelegenheiten wurden die Sejmsitzungen bis zum 31. Juli unterbrochen. An diesem Tage findet noch eine Sitzung statt, worauf der Sejm in die Ferien geht.

•

Das Budget vor dem Senat.

Am Montag hat der Senat die Debatten über das Budget eröffnet. Dieselben dürften die ganze Woche in Anspruch nehmen. Die Minderheiten und die P. P. S. erklärten in der Generaldebatte, daß sie gegen das Budget stimmen werden.

Kleine politische Nachrichten.

Der weiße Terror in Bulgarien. Die Ermordung des bulgarischen Bauernführers Pattov hat im Lande eine neue revolutionäre Bewegung ausgelöst. Die Regierung tut alles, um mit Hilfe ihrer Komitatschibanden und Truppen diese Erhebung, an der Kommunisten und die Bauernpartei beteiligt sind, blutig niederzuschlagen. In Bulgarien haben in verschiedenen Gegenden blutige Kämpfe zwischen kommunistischen Bauern und Militär stattgefunden. Hierbei hat es eine Anzahl von Toten gegeben. Die Regierung hat mehrere hundert kommunistische Bauern verhaften lassen.

Moskau gegen Dawes. Der allgemeine Kongreß der dritten Kommunistischen Internationale, an dem Rykoff und Kalinin, die Häupter der Moskauer Regierung teilnahmen, sandte eine flammende Kundgebung an das Proletariat der ganzen Welt, in dem er zum Kampf gegen den Sachverständigen-Plan auffordert, den er als die jüngste Verschwörung der Kapitalisten erklärt. Die Kundgebung ist von Sinowjew, Trotzki, Stalin, Bucharin und anderen unterzeichnet.

Nationalisierung der englischen Eisenbahnen. Die Konferenz der nationalen Eisenbahner-Union in York hat mit großer Mehrheit eine Entschließung angenommen, in der der Vollzugsausschuß aufgefordert wird, einen Gesetzesantrag betreffend die Nationalisierung und demokratische Kontrolle der Eisenbahnen zu entwerfen.

Helft Europa! Während der Aufstellung der Kandidaten für den Präsidentenposten griff Senator Pat Harrison die augenblicklich am Ruder stehende republikanische Partei scharf an, — diese sei verantwortlich für die überall auftretende Korruption und treibe eine unvernünftige Isolierungspolitik. Die Pflicht Amerikas sei, Europa zu helfen. Solange Europa nicht wirtschaftlich gestärkt sein wird, würden die Verbündeten ihre Kriegsschulden an Amerika nicht begleichen können.

Ein amerikanischer Konsul in Persien ermordet. Eine fanatisch erregte Volksmenge überfiel in Teheran den Konsul der Vereinigten Staaten und ermordete ihn.

Regierung der Arbeitspartei in Australien. Aus Melbourne wird gemeldet, daß die bürgerliche Regierung gestürzt wurde. Die Arbeitspartei, die aus den Wahlen siegreich hervorging, hat die Regierungsbildung übernommen.

Amnestie für Monarchisten in Ungarn. Der Staatsverweser Horthy hat die Niederschlagung des Prozesses gegen eine Reihe von Monarchisten angeordnet, die angeklagt waren, die Reise sowie den Aufenthalt des Kaisers Karl in Ungarn im Jahre 1921 begünstigt zu haben.

Lokales.

Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Die Registrierung der Arbeitslosen in den Fabriken hat am Montag begonnen. Es ist damit zu rechnen, daß die Listen heute fertiggestellt werden und daß noch in dieser Woche die vorgesehenen zehn Stellen bekannt gegeben werden, an denen die Auszahlung der Unterstützungen erfolgen wird.

•

In Beantwortung vieler an die Schriftleitung gerichteter Anfragen teilen wir mit, daß in den Fabriken nur diejenigen Arbeitslosen registriert werden, die nach dem 1. Januar d. J. die Arbeit eingebüßt haben. Diejenigen dagegen, die vor dem 1. Januar beschäftigungslos geworden sind, ebenso auch alle anderen Arbeitslosen werden in den Arbeiterverbänden registriert.

•

Am Montag hat der Magistrat einer zweiten Partie Arbeitsloser Beschäftigung zugewiesen. Zusammen werden gegenwärtig vom Magistrat 500 Arbeitslose beschäftigt.

•

Unterstützung für Angestellte?

Am 18. Juli begab sich eine Delegation der Zwischenverbandskommission der Angestellten nach Warschau, um mit dem Arbeitsminister in Angelegenheit einer Unterstützungsaktion für die arbeitslosen Angestellten zu verhandeln. Die Delegation, der als Vertreter der deutschen Angestellten Gustav Güttler angehörte, wurde von den Abgeordneten Artur Kronig, Waszkiewicz und Ziemięcki angeführt. Die Delegation überreichte dem Arbeitsminister Darowski eine umfangreiche Denkschrift, die die Nöte der Lodzer Angestellten behandelt. Der Arbeitsminister versprach, sich für die Angestellten einzusetzen. Gleichzeitig händigte die Delegation den Lodzer Abgeordneten einen Protest wegen der Nichteinbeziehung der Angestellten in das Gesetz über Erwerbslosenunterstützungen für Arbeiter.

Im Interesse der arbeitslosen Angestellten liegt es, daß sie sich in ihren Berufsverbänden registrieren lassen.

•

Herr Kohn gibt nicht nach.

Am Montag fand im Arbeitsinspektorat eine Konferenz zwischen den Vertretern der Arbeiter und der Firma der Widzewer Manufaktur statt. Der Vertreter der Firma, Herr Bossak, gab bekannt, daß die Verwaltung der Firma verlange: 1) Daß die Arbeiterverbände im Namen der 7000 Arbeiter die stattgefundenen Exzesse verurteilen und Herrn Max Kohn ihr Bedauern aussprechen; 2) daß die Delegierten und Arbeiter, die die Exzesse verursacht haben, entlassen werden und 3) daß die Arbeiter die verursachten Schäden bezahlen. Arbeitsinspektor Wojtkiewicz stellte fest, daß diese Bedingungen schärfer als die vorherigen seien. Die Vertreter der Arbeiter bezeichneten die Bedingungen als unannehmbar und zwar schon aus diesem Grunde, weil die Verbände nicht alle Arbeiter vertreten. Herr Kohn hat mit Vorliebe Landarbeiter für seine Betriebe angestellt, für die die Verbände nicht aufkommen können. Was die Entlassungen betrifft, so verlangten die Arbeitervertreter Nennung der Namen der zu entlassenden Arbeiter. Eine diesbezügliche Liste besaß Herr Bossak aber nicht. Den dritten Punkt bezeichneten die Arbeiterdelegierten als unannehmbar. Da Herr Bossak die Namen der Arbeiter nicht nennen konnte, die Herr Kohn entlassen will, wurde die Konferenz bis Sonnabend vertagt. Herr Bossak, der Schwiegersohn des Herrn Oskar Kohn, will sich weitere Verhaltungsmaßregeln von seinem Schwiegerpapa holen, der in ... London weilt.

Aus diesen Verhandlungen ist klar zu ersehen, daß Herr Kohn die Beilegung des Streiks künstlich in die Länge zieht, da ihm in der heutigen Zeit die Inbetriebsetzung der Fabriken nicht in den Kram paßt. Und die Regierung, die anfänglich so bombastische Töne gesprochen hatte, schweigt sich jetzt aus.

Selbstmord aus Hunger.

Die Selbstmorde aus wirtschaftlicher Not häufen sich in der letzten Zeit derartig, daß man sich fragen muß, wie die Regierung und die Besitzenden diesem Ruin wertvoller Volkskräfte untätig zusehen können. Der Selbstmord des in der Solnastraße 7 wohnhaften 19-jährigen Burschen, namens Abraham Kühn, hat in unsrer Stadt großes Aufsehen erregt. Die Selbstmordgeschichte des Kühn ist kurz. Vor zwei Wochen wurde er infolge der Wirtschaftskrise entlassen. Zu Hause eine fürchterliche Not. Das Hungergespenst verfolgte ihn auf Schritt und Tritt. Kurz entschlossen beschloß er, dem entsetzlichen Elend ein Ende zu machen. In der Abwesenheit seiner Eltern erhängte er sich an der Decke. Als die Mutter zurückkehrte und mit Hilfe der Nachbarn die Tür aufgebrochen hatte, fand sie ihren einzigen Sohn, ihren Ernährer, an einem Stricke hängend vor. Der herbeigerufene Arzt konnte nur den bereits eingetretenen Tod feststellen. Am gleichen Tage suchte sich der 25-jährige Mechaniker, Josef Czech, wohnhaft in der Gdanskastraße 29, das Leben zu nehmen. Er wurde im schweren Zustande nach dem Militärspital gebracht. In der Zachodniastraße brach infolge Schwäche die aus Kalisch stammende 34-jährige Kamilja Zygon zusammen. In der Gdanskastraße die 23 jährige Marjanna Brzoska. Sie stammt aus Lowicz und suchte in Lodz Arbeit. Diese Opfer des Hungers brachte der Rettungswagen nach der städtischen Sammelstelle.

Der Hunger wütet. Er sucht seine Opfer. Die Regierung und Gesellschaft stammeln, wir hätten kein Geld. Dabei wissen diese ganz genau, daß Geld letzten Endes nur eine Fiktion, nur ein Begriff ist und daß sich selbst in dieser Zeit leicht die Möglichkeiten schaffen ließen, die Arbeitslosen vor dem Hungertuch zu bewahren. Die großen Massen Arbeitsloser müssen in den Arbeitsprozeß eingereiht werden. Sollten sie nicht in der Industrie beschäftigt werden können, aus den bekannten Gründen mangelhafter Profitmöglichkeiten, so ist es die verdammte Pflicht der Regierung für andere Arbeit zu sorgen. Die jeder Kritik spottenden Wege schreien nach Ausbesserung. Die Verkehrswege sowie die Eisenbahn sind unterm Hund. Wege anzulegen oder Arbeiterhäuser zu bauen, wäre aber eine Kulturtat und für Kulturtaten sind die heute noch Herrschenden nicht zu haben.

Es handelt sich immer nur um Werktätige, und da die andere Seite nicht helfen bezw. keine Aenderung eintreten lassen will, steht sie mit ruhigem Gewissen zu, wie der Hunger diese Gezeichneten der Arbeit dahinrafft.

Die Industrie auf der Suche nach Auslandskrediten.

Diese Frage steht neuerdings im Vordergrund des Interesses, nachdem die Regierungskredite in Höhe von 46 Millionen Zloty trotz der schweren Bedingungen, die an ihre Erteilung geknüpft waren, fast völlig vergeben sind. Nur die größten Firmen, hauptsächlich aus Kongreßpolen, wurden an den Staatskrediten beteiligt. Im Verhältnis zu dem ungeheuren allgemeinen Kreditbedarf war diese Summe natürlich außerordentlich gering. Allgemein herrscht die Ueberzeugung, daß man Auslandskredite unter günstigen Bedingungen erhalten könnte, wenn die Regierung selbst dem Auslande gegenüber als Kreditnehmer auftreten bzw. für die ausländischen Kredite garantieren würde. Von privaten Gesellschaften verhandelt augenblicklich mit Aussicht auf Erfolg die Warschauer Landeskreditgesellschaft über die Unterbringung von Pfandbriefen in Höhe von 15 Millionen Dollar im Auslande. Auch die Kreditgesellschaft der polnischen Industriellen soll, laut „Nowa Reforma", ein amerikanisches Angebot auf Unterbringung von Pfandbriefen in Höhe von 5 Millionen Dollar erhalten haben. Außerdem werden zwischen den Zentralverbänden des Handels, der Industrie, des Bergbaus und der Finanzwirtschaft Verhandlungen über eine gemeinsame Aktion der Wirtschaftsorganisationen zwecks Erlangung von langfristigen Auslandskrediten unter Garantie des Staates oder der Bank für Landeswirtschaft gepflogen.

Interessant ist ein Angebot einer Gruppe ausländischer Kapitalisten, das dem Verband der polnischen Textilindustriellen kürzlich gemacht wurde, nämlich gewissen größeren Firmen Dollarkredite zu 6 Prozent monatlich zu gewähren, jedoch unter der Bedingung, daß die Kredite nicht vor Ablauf eines Jahres zurückerstattet würden. Auf eine Umfrage, die der Verband bei seinen Mitgliedern hielt, fand sich keine Firma, die von diesem Kredit Gebrauch machen wollte. Man erklärte, daß man mit kurzfristigen Krediten für etwa vier bis sechs Wochen einverstanden wäre, daß es aber unmöglich sei, sich auf so lange Zeit mit der hohen Zinszahlung zu belasten.

Amerikanisches Silber für Polen. Die polnische Regierung setzt ihre Ankäufe von Silber in Amerika fort. Sie kaufte diesmal Silber im Werte von 24 Millionen Zlotys.

Von der Krankenkasse. In der letzten Sitzung der Verwaltung der Krankenkasse wurde die nächste Sitzung für den gestrigen Dienstag festgesetzt. In Anbetracht dessen, daß die zwei Kommissionen — die Reglementskommission und die Kommission zur Prüfung der Kontrakte des Chefarztes — ihre Arbeiten noch nicht beendet haben, wurde die Sitzung abberufen und für Dienstag, den 29. Juli, 6 Uhr abends, festgesetzt.

Ein Irrtum auf Staatskosten. Die Filiale der „Bank Polski" in Ostrowo hielt 30 Dollarnoten als falsch an, die von zwei verschiedenen Besitzern eingezahlt werden sollten. Die Banknoten wurden mit der Inschrift „Fälschungen" bedruckt und der Warschauer Zentralstelle eingereicht. Gleichzeitig wurde die Polizei in Kenntnis gesetzt. Bei einer Nachprüfung der Scheine in den graphischen Anstalten in Warschau stellte es sich aber heraus, daß die Scheine gar nicht falsch waren, und daß den ursprünglichen Besitzern nun durch die Bank Polski anstelle der durch die aufgestempelte Notiz unbrauchbar gemachten Scheine neue Dollarnoten zur Verfügung gestellt werden mußten.

Das Sompolnoer 6-kl. Deutsche Gymnasium gibt bekannt, daß Eintrittsprüfungen noch am 29. und 30. August l. J. stattfinden. — Der Direktor wird am 24. und 25. Juli hier, Nawrotstr. 32, Wohn. 4, von 2—4 Uhr nachm. für Interessierte zu sprechen sein.

Brandkatastrophe. Am Sonnabend, den 19. Juli, brach in dem Petrikauer Straße 85 gelegenen Manufakturwarenlager Feuer aus. Infolge des lagernden leicht brennbaren Materials verbreitete sich das Feuer mit großer Schnelligkeit. Der zweite Zug der freiwilligen Feuerwehr traf als erster ein. Drei Feuerwehrmänner, die sich zu weit vorwagten, wurden von starken Rauchwolken erfaßt und stürzten besinnungslos zu Boden. Drei weitere Feuerwehrmänner, die ihre Kollegen retten wollten, ereilte dasselbe Schicksal. Nur dem Mut des Feuerwehrmannes Wladyslaw Skowronski ist es zu danken, daß die sechs Männer nicht den Tod fanden. Er stürzte sich in die Flammen und es gelang ihm, alle sechs zu retten. Ein herbeigerufener Arzt stellte Kohlengasvergiftung fest. Die Feuerwehrleute Byrko, Skalski und Hahn wurden nach dem Hause der Barmherzigkeit gebracht. Die anderen drei nach dem zweiten Zuge. — Der energischen Tätigkeit der ersten vier Züge gelang es das Feuer auf seinen Herd zu beschränken.

Sport.

Vom Sportfest im Helenenhof.

Das große Sportfest zugunsten des Baufonds der St. Matthäi-Kirche hatte ein sehr zahlreiches Publikum nach dem Helenenhofer Sportplatz gelockt. Das Organisationskomitee hatte alles getan, um das Sportfest imponierend zu gestalten. Das sehr umfangreiche Programm ließ jeden auf seine Kosten kommen.

Eröffnet wurde das Sportfest mit allgemeinen Freiübungen, die von den Turnvereinen „Kraft", Lodzer Sport- und Turnverein, „Dombrowa", „Eiche" und dem Radogoszczer Turnverein ausgeführt wurden. Die Freiübungen leitete Gauturnwart Stempel. Das Keulenschwingen des Turnvereins „Kraft" sowie das Kürturnen aller am Feste beteiligten Turnvereine fand großen Beifall. Die Leistungen waren durchweg gut. Im Stafettenlauf siegte der Radogoszczer Turnverein in 54 Sekunden, als zweiter Turnverein „Kraft".

Im Mittelpunkt des Interesses standen jedoch die Radrennen, an denen sich die „Union", der Warschauer Cyklistenklub, „Rapid", „Sturm" und „Aurora" beteiligten.

Im ersten Vorlauf des Eröffnungsrennens siegte Stefanski; zweiter wurde Beck, dritter Triebe. Im zweiten Vorlauf: Patzer, Heinz, Wilmanski; im dritten Vorlauf: Scherfer, Bernhard, Ullrich. Im ersten Vorlauf des Hauptfahrens siegten: Kermen, Maurer und Blau; im zweiten Vorlauf: Paul Müller, Kogankiewicz, Schuster, im dritten Vorlauf: Schmidt, „Ford" und Hermann. Im Zwischenlauf des Eröffnungsrennens wurde A. Beck erster; im Endlauf: Patzer. Im Zwischenlauf des Hauptrennens ging Maurer als erster durchs Ziel, im Endlauf: A. Schmidt. Im Demi-Fond wurde erster P. Müller. Als zweite gingen gleichzeitig durchs Ziel: Schmidt und Gabrych. Im Trostfahren wurde erster Scherfer, zweiter Bernhardt; im Abschiedsrennen wurde erster Kermen und zweiter „Ford". Die 10 Runden im Motorradfahren legte Uttek in 7 Min. 1/5 Sek. zurück. Er wurde von Paul Müller als Vorfahrer unterstützt.

Das Fußballwettspiel zwischen „Rapid" und „Pogoń" verlief ebenfalls sehr interessant. „Pogoń" siegte über „Rapid" mit 1:0.

Zu erwähnen sind noch die Ringkämpfe, besonders der von Berger und Winkler ausgetragene amerikanische Ringkampf. Den Schluß des großen Sportfestes, das in seiner Manigfaltigkeit einzig dasteht, bildeten die bei bengalischer Beleuchtung effektvoll ausgeführten Pyramiden.

Hakoah — L. Sp. u. Tv. 3:1 (2:0).

Nach der kläglichen Niederlage, die Ł.K.S. erlitten hat, ist das Wettspiel der Wiener Mannschaft Hakoah mit dem Lodzer Sport- und Turnverein mit größtem Interesse erwartet worden. Eine ungeheure Menschenmenge hatte sich auf dem Sportplatze eingefunden. Zum ersten Mal in Lodz konnte man bemerken, daß sich nicht nur die Jugend für den Fußballsport interessiert, sondern auch ... die Schieber und Kriegsgewinnler, die noch lange vor Beginn mit Autos und Wagen hinausfuhren. Auch die Altstadt war sehr stark vertreten. Die Langröckigen verfolgten das Spiel der „Unsrigen" mit einer Begeisterung, die sehr oft geradezu an Lächerlichkeit grenzte. Nach oberflächlicher Schätzung waren gegen 9000 Personen erschienen, also eine Zahl, die bisher noch nicht erreicht wurde.

Als erste Mannschaft betrat Hakoah, von einem großen Beifallssturm empfangen, den Platz. Die Mannschaft des L. Sp. u. Tv. bestand aus folgenden Spielern: Pilz, Wildner, Bestek, Wolfangel, Wielischek, Franzmann, Herbstreich, Wujas, Kulawiak und Pogodzinski.

Die Lodzer Mannschaft spielte von Anfang an mit großer Aufopferung und Tapferkeit. Sie machte den Wienern sehr viel zu schaffen. Die linke Stürmerreihe führte schöne Angriffe durch, die oft den Ball vor das Tor der Gäste brachten. Besonders zu erwähnen sind die Stürmer: Pogodzinski, Kulawiak und Herbstreich. Auch die Verteidiger Pilz und Wildner leisteten Glänzendes. An ihrer Verteidigung brachen fast alle Durchbrüche der Wiener.

Die ersten Minuten des Spiels gehörten den Lodzern. Sie ließen jedoch eine Reihe von günstigen Momenten unausgenützt. Dies ist vielleicht dem Umstande zuzuschreiben, daß die Lodzer vor dem Tor der Gegner viel zu hastig spielten und in der Verwirrung gute Gelegenheiten versäumten. Ein in der 10. Minute von den Wienern durchgeführter Angriff konnte Pilz nur durch eine Ecke retten. In der 28. Minute gelang es dem Wiener Eisenhoffer das erste Tor zu schießen, was von dem Publikum mit einem ungeheuren Beifallssturm aufgenommen wurde. Die Wiener, von dem Publikum angefeuert, legten sich nun sehr scharf ins Zeug. Kurz vor Schluß der ersten Halbzeit schoß Eisenhoffer das zweite Tor.

In der zweiten Halbzeit hatten die Gäste noch viel schwerer mit den Lodzern zu kämpfen, die zahlreiche heftige Angriffe durchführten. Eine von Pogodzinski und Kulawiak glänzend eingeleitete Kombination verwandelte Herbstreich in das erste und einzige Tor zugunsten der Lodzer. Einige Minuten später schossen die Gäste das dritte Goal. Schiedsrichter war Kowalski, der durch seine einseitigen Entscheidungen sich große Mühe gab, den L. Sp. u. Tv. zu einer größeren Niederlage zu verhelfen. Er pfiff das Spiel mit 3:1 zugunsten Hakoah ab.

Zu bemerken ist, daß der L. Sp. u. Tv., ohne über einzelne hervorragende Kräfte zu verfügen, ein entschieden besseres Spiel als Ł. K. S. zeigte. Der bisherige Lodzer Meister Ł. K. S. wird in den Spielen um die Meisterschaft mit dem Lodzer Sport- und Turnverein eine sehr harte Nuß zu knacken haben.

Das Publikum benahm sich wie immer, wenn Deutsche spielen. Die Sympathien des Publikums gehörten der Hakoah. Das aufopferungsvolle Spiel der Lodzer sowie das Ehrentor hatte nur schwachen Beifall ausgelöst.

Fußballwettspiele.

Pogoń — Rapid 1:0
Concordia — Społem 2:1
Achduth — Bar-Kochba 2:0
Elektrotechniker — Gendarmerie 3:2

In Warschau siegten:

Amateure (Wien) — Polonja 8:3 (5:1)
Wacker (Wien) — Legja 1:1 (1:0)
Wilja — Makkabi 3:2.

Aus dem Reiche.

Alexandrow. Nach den Stadtratwahlen. Um eine Mehrheit im Alexandrower Stadtrat zu bilden, die sich auf den Stimmen der Vertreter der werktätigen Bevölkerung stützt, hat die Fraktion der D. A. P. am vergangenen Sonnabend die Stadtverordneten der N. P. R. zu einer gemeinsamen Beratung eingeladen. Die D. A. P. legte den Polen ihre programmatischen Forderungen vor, die Punkt für Punkt durchgesprochen und von den Polen angenommen wurden. Nachdem hierin eine Einigung erzielt wurde, verlangten die Vertreter der N. P. R. die Besetzung des Magistrats festzusetzen. Die D. A. P. erklärte jedoch, daß es ihr vorerst um die grundsätzliche Annahme ihrer Forderungen ging. Erst nachdem sie erfahren, daß die N. P. R. diese Forderungen akzeptiere, kann sie zu der Besetzung der Magistratsämter Stellung nehmen. Diese Frage wird in einer nächsten Konferenz besprochen werden.

Warschau. Ein sonderbarer Weg zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Der Magistrat hat beschlossen, in der Stadtverordnetenversammlung einen Antrag einzubringen, der die Erhöhung der Fahrkarten der Straßenbahn von 15 auf 20 Groschen vorsieht. Der Mehrerlös, der jeden Monat ungefähr 200 000 Zloty einbringen wird, soll zur Beschäftigung von Arbeitslosen dienen.

Krakau. Der Stadrat wurde auf Anordnung des Innenministeriums aufgelöst. Die Funktionen des Stadtpräsidenten wurden dem Vizewojewoden übertragen, der im Charakter eines Regierungskommissars amtieren wird. Die Auflösung des Stadtrats erklärt sich durch die Dekomplettierung desselben in Anbetracht seines 6 jährigen Bestehens und dem Tode des bisherigen Stadtpräsidenten.

Aus aller Welt.

Verhaftung eines kommunistischen Abgeordneten wegen Mordverdachtes. In Saarbrücken wurde der Vorsitzende der kommunistischen Fraktion des Landtages mit mehreren anderen Kommunisten unter der Beschuldigung verhaftet, in der Nacht vom 29. Juni einen früheren kommunistischen Bergarbeiter, Neumann, der vor kurzem aus der Partei ausgetreten war, mit Knüppeln erschlagen zu haben.

Die Zahl der Juden in der ganzen Welt. Wie aus Jerusalem gemeldet wird, gibt es in der ganzen Welt 17 Millionen Juden. Die Zahl beruht auf Angaben der Vertreter des Fondes in den verschiedenen Ländern.

Die Stadt Eisenach wird gepfändet. Leichtfertige Wechselgeschäfte, die ein Stadtverordneter in Eisenach für die Stadt gemacht hatte, haben die Stadt in Geldschwierigkeiten gebracht. Dieser Tage wurde die Stadtgemeinde rechtskräftig zur Zahlung von 20 000 Goldmark an eine auswärtige Firma verurteilt. Infolge der Geldknappheit konnte diese Summe nicht ausgezahlt werden. So kam der Gerichtsvollzieher und pfändete die städtische Dampfwalze.

Die Organisation der Propheten. Vor kurzem haben sich in Wien die dort lebenden Wahrsager, Kartenleger, Propheten und verschiedene andere Herrschaften, die ein ähnliches Gewerbe ausüben, organisiert. Einige hundert Damen und Herren, die mit Hilfe von Karten, gegossenem Blei, der Handschrift und Hokuspokus aller Art in die Zukunft blicken können und dafür die Dummen um ihr Geld erleichtern, kamen zusammen und redeten in hohen Tönen von ihrem ersprießlichen Handwerk. Schließlich schlossen sie sich zu einem Verband zusammen, der gemeinsame Schritte gegen „widerrechtliches Vorgehen der Polizei" unternehmen wollte. Die „Herrschaften" haben aber nicht den Beweis erbracht, daß sie tatsächlich in der Zukunft lesen können, sonst hätten sie gewußt, daß der ganze Aufwand umsonst war. Die Polizei hat nämlich die offizielle Gründung dieses Vereins verboten.

Eine tragikomische Liebesgeschichte: In Bruck an der Mur in Oesterreich hatten sich zwei 16-jährige Mädchen in einen jungen Mann verliebt und gerieten in Streit darüber, welcher von den beiden der Erkorene gehören sollte. Sie beschlossen, die Entscheidung durch ein Duell herbeizuführen. Bevor aber das Duell stattfand, hörten sie, daß der junge Mann bereits verheiratet war. Was sollte nun das Duell? Sie beschlossen in ihrem Liebesschmerz, Selbstmord zu begehen. Hand in Hand sprangen die jungen Mädchen in die Mur, aber einige in der Nähe arbeitende Männer zogen die verliebten Gänse wieder aus dem Wasser. Vor dem Sprunge in die Mur hatten die beiden Kognak getrunken, um sich Mut zu machen.

Eine Kuh, die ihr Kalb rettet. Ein Briefträger namens Hutson, der dieser Tage über eine Wiese bei Holton in der Nähe des englischen Ortes Grimsby ging, merkte plötzlich, daß eine Kuh hinter ihm herlief, die jämmerlich blökte, und, nachdem sie die Aufmerksamkeit des Mannes erregt hatte, immer wieder nach einer Ecke des Feldes lief. Der Postbote folgte dem Tier bis zu einem trockenen, 30 Fuß tiefen Brunnenloch, in dem ein Kälbchen lag. Er benachrichtigte den Besitzer der Kuh, und dieser stieg in das Loch hinab, worauf dann das Kalb an einem Seil, ganz unversehrt, heraufgezogen wurde. Die Kuh zeigte über die Errettung ihres Jungen durch lustige Sprünge ihre größte Freude.

Verleger und verantwortlicher Schriftleiter: Stv. Ludwig Kuk.
Druck: J. Baranowski, Lodz, Petrikauer 109.